

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quitt
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeitung:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Von den preussischen-fiskalischen Hüttenbetrieben

Zur Zeit des „alten Fritz“ und seiner nächsten Nachfolger über-
wog der staatliche Hüttenbetrieb, der natürlich in seinem all-
gemeinen Umfang mit den jetzigen Hüttenbetrieben nicht annähernd
vergleichbar war. In dem der ersten preussischen Volksvertretung
1849 vorgelegten Staatshaushaltsvoranschlag wurden 22 staatliche
Hüttenwerke nachgewiesen; und zwar lagen sie hauptsächlich in den
Provinzen Brandenburg (Eisengießerei in Berlin, Kupferwerk
in Eberswalde usw.) und Schlesien (Königshütte, Gleiwitz usw.),
weniger in den westlichen Landesteilen (zum Beispiel Sannerhütte).
Die von England stammende, von den schottischen Industrie-
unternehmern lebhaft begrüßte und empfohlene Manchestertheorie
bewirkte auch einen entscheidenden Wechsel der Anschauungen über
die Verfassung des „Staates“ als gewerblicher Unternehmer. In den
maßgebenden Kreisen entschied man sich zugunsten der unbeschränkten
privatkapitalistischen Unternehmung, deren nicht ver-
fennbare Schäden man durch das „freie Walten der wirtschaftlichen
Kräfte“ zu überwinden hoffte. Eine Folge dieser wirtschaftlichen
„Neuorientierung“ war unter anderem auch der Verzicht des „Staates“
auf eine namhafte Beteiligung an der Hüttenindustrie. Während der
zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor die preussische Fiskus-
oder setzte außer Betrieb seine Hüttenwerke in Hegermühle, Eisen-
spalterei Torgelow, Biehl, Eberswalde, Ruhdorf, Biehl, an der Zanze,
Breslau, Rybnik, Sayn, Lohe, Dembiowhammer, Zedlitz, Thal-
zitter, Schönstein, Kreuzburgerhütte, die Eisengießerei Berlin, die
Kraushütten in Freienwalde und Schwemmlitz; schließlich auch die
Königshütte in Oberschlesien, aus welcher sich die große Aktien-
Gesellschaft Königs- und Laurahütte entwickelt hat. Hätten sich mehr
Käufer gefunden, so würden wohl auch die paar gegenwärtig noch
vom preussischen Fiskus betriebenen Hüttenwerke veräußert worden
sein. Auf die Zeit einer überaus bürokratisch-polizeilichen Leitung
der Hüttenindustrie folgte der Siegeszug des „liberalen“ Manchester-
tums. Er ist von den unternehmerisch-süchtigen Privatkapitalisten
scharflos ausgenutzt worden — bis auch der große Krach
nach dem Gründungsjahr im Jahre 1873 wenigstens
zum Teil eine Besserung der Anschauungen über die Stellung des
„Staates“ als gewerblicher Unternehmer herbeiführte. In der Zeit
der Eisenbahnverstaatlichung suchte man sich schließlich
wohl auch bei der ausschließlichen amtlichen Begünstigung der
privaten Hüttenbetriebe einige Beschänkungen auferlegen. Aber
es war nicht mehr viel übrig geblieben von den staatlichen Hütten-
betrieben.

Der fiskalische Betriebsbericht über das letzte Friedensjahr ver-
zeichnet nur noch 4 Eisenhütten (Gleiwitz, Maraspene, Rorshütte und
Verbacherhütte im Harz), sodann 4 Metallhütten (Zinn- und Silber-
hütte Friedrichshütte in Oberschlesien, Eisenschmelze in
und die Ober-, Herzog-Julius- und bei Goslar). Das ist der Rest
von den einst feist ausgeübten preussischen Staatshüttenwerken.
Der größte Teil ist der manchesterlichen Lehre zuliebe geopfert worden,
der verbliebene Rest wurde außerdem recht wenig gepflegt, amtlich
beachtet nicht einmal als notwendiges Übel angesehen. Die Be-
teiligung an der neuzeitlichen Großeisenindustrie hält die preussische
Staatsverwaltung immer noch für nicht ratsam, womit sie die Zu-
stimmung der syndizierten Privatunternehmer findet. 1913 waren
in den preussisch-fiskalischen Hütten 3638 Personen beschäftigt. Die
Eisenhütten erzeugten 31 739 Tonnen; in den Metallhütten wurden
zusammen 76 881 Tonnen Kupfer, Zinn, Glanz, Vitriol,
Schwefelsäure, 71,96 Kilogramm Gold, 35,88 Tonnen Silber ge-
wonnen. Die unterbayerische Werke gehören übrigens zu 1/2 dem bairischen
Fiskus. Unsere Angaben beziehen sich aber stets nur
auf die preussischen Fiskalwerke oder deren Anteil an den Gemein-
schaftsunternehmungen.

Die während des Krieges dem Landtage vorgelegten Betriebs-
berichte und Haushaltsvoranschläge enthalten eine Menge der wichtigsten,
vordem üblichen zahlenmäßigen Angaben nicht, auch die früher ge-
wöhnlichen Erläuterungen zu den Betriebsergebnissen fehlen nun.
Erzeugungsmengen, Verkaufspreise, Selbstkosten werden in dem
neuesten Betriebsbericht für 1916 nicht mehr angegeben, auch nicht die
Zahl der Arbeiter und Beamten der einzelnen Werke und
ihre Löhne. Diese Schweigsamkeit soll „im Interesse der Landes-
verteidigung militärisch geboten“ sein, wofür uns, ehrlich gestanden,
die Einsicht mangelt. Der wirkliche Erfolg dieser Berichtshandlung ist
die Begünstigung der Spekulation. In einzelnen kann man
die erzielten Preise und Uberschüsse, auch die Entlohnung der Ar-
beiter nicht mehr nachrechnen, womit die Privatunternehmer natürlich
auch sehr einverstanden sind.

Dennoch lassen sich aus den immer dürftiger gewordenen Be-
triebsberichten des preussischen Hüttenfiskus gewichtige volkswirt-
schaftliche Schlüsse ziehen. Zunächst hinsichtlich der Kriegs-
gewinne der Hüttenwerke, dann auch über die Ertrags-
fähigkeit des Staatsbetriebes. Sehen wir zu, wie sich
das finanzielle Ergebnis der preussisch-fiskalischen Hütten während
des Krieges gestaltet hat. Vorweg muß darauf aufmerksam gemacht
werden, daß diese Hüttenbetriebe sich unter Mittelgröße halten, auch
technisch nicht durchweg auf der Höhe stehen, weil eben dem Privat-
unternehmer möglichst wenig Wettbewerb gemacht werden soll.
Sämtliche hier in Rede stehenden Hüttenbetriebe beschäftigten 1916 nur
3186 Personen (367 mehr als 1915, ohne Kriegsgefangene), es handelt
sich also keineswegs um Großhütten. Der einfacheren Uebersicht
wegen wollen wir die Ergebnisse der Friedensjahre 1912 und
1913 mit denen der Kriegsjahre 1915 und 1916 vergleichen, und
mit den Eisenhütten beginnen.

Sie waren in den Jahren vor dem Kriege meist richtige „Konten-
treffer“, schon weil sie sich auf einen unzulänglichen Erzeugungsbereich
beschränkten. Die Kriegswirtschaft hat hier „ein Wunder“ bewirkt.
Nach den amtlichen Angaben hatten die 4 Eisenhütten:

Jahr	Ordentliche Betriebs-		+ Überschuss oder - Zuschuß	
	Einnahmen	Ausgaben	rechnungsmäßig	nach dem Jahresabschluss
1912	6637 804	7132 766	- 494 818	- 170 244
1913	6172 805	7154 234	- 981 429	- 630 924
1915	6706 352	5198 832	+ 367 520	+ 267 356
1916	7800 086	6589 543	+ 1 066 496	+ 994 023

Statt des Fehlbetrags von fast einer Million Mark im
Jahre 1913 brachte das Kriegsjahr 1916 einen Gewinn von über
einer Million Mark! Dabei betrug die Erzeugung 1916 wahr-
scheinlich — wir berücksichtigen hier die nur bis für 1915 angegebenen
Angaben — höchstens 1/2 der Menge von 1913. Das ist auch eine
lehrhafte Stichprobe bei der Beurteilung der von unserer Großeisen-
industrie erzielten Kriegsgewinne. Sie müssen noch viel
höher sein als öffentlich bekannt gegeben wird, denn, wie gesagt,
die unter mittelgroßen fiskalischen Hüttenbetriebe sind auch technisch
längst nicht mehr führend. Einst waren sie es, als 1796 auf der
Gleiwitzer Staatshütte der erste Koks hochofen des europäischen
Festlandes angeblasen wurde. Nun, wo diese verhältnismäßig kleinen,
technisch zurückgebliebenen Hütten bei einer an und für sich geringen
Erzeugungsmenge einen darum so außerordentlich hohen Betriebs-
überschuss erzielen, kann man sich leichter eine zutreffende Vorstellung
von den gewaltigen Kriegsgewinnen in unserer großen Eisen- und
Stahlindustrie machen.

Betrachten wir uns die Abschüsse der Metallhütten. Ihre
Erzeugung hat sich wahrscheinlich auch 1916 noch etwas über die
von 1915 und 1913 gehoben, wegen der bekannten Metallknappheit
des vorderen Mitteleuropas, infolge dessen die heimischen Kupfer-,
Zinn-, Zink- usw. Eruben stärker als vordem belegt worden sind.
Die preussisch-fiskalischen Metallhütten verrechneten:

Jahr	Ordentliche Betriebs-		Überschuss	
	Einnahmen	Ausgaben	rechnungsmäßig	nach dem Jahresabschluss
1912	22,66	18,10	4,64	3,927
1913	26,45	22,15	4,29	4,695
1915	27,73	20,08	7,41	9,110
1916	35,97	25,94	9,50	8,355

Der wirkliche Ueberschuss (Reingewinn) hat sich 1916 gegen 1912
mehr als verdoppelt, der rechnermäßige Ueberschuss des-
gleichen. Daraus, wie auch aus der Gewinn- und Verlustübersicht
der Eisenhütten geht doch unbestreitbar hervor, daß die Steige-
rung der Verkaufspreise für Eisen, Stahl, Kupfer,
Zinn usw. ganz bedeutend über die Erhöhung der
Selbstkosten hinausgetrieben worden ist! In dieser
übermäßigen Preissteigerung ist die Ursache der allgemein
übermäßigen Preiserhöhungen für alle unsere Bedarfsgegenstände
zu suchen. Denn wenn in einem Gemerbe die Preisföhre so
angedreht wird, folgen die andern — „halb zog sie ihn, halb sank er
hin!“ — tolljähig nach. Endlich steigern alle Warenverkäufer um
die Reihe, bis zum Kleinbauern und Kleinbäcker. Das End-
ergebnis ist unsere unerhörte verteuerte Lebens-
haltung. Und da die Eisen-, Stahl- und Metallwerke haupt-
sächlich für den Heeres- und Marinebedarf liefern, legen uns die
außerordentlich gestiegenen Gewinne der Hüttenwerke auch, warum
unser Kriegsschulden nun schon über 100 Milliarden be-
tragen. Den Hüttenwerken reichten sich die anderen Heeres- und
Marinelieferanten an.

Die von interessierter Seite lebhaft bejammerte Ergiebig-
keit des Staatsbetriebes wird durch vorgenannte Ab-
schlüsse auch in eine lehrhafte Beleuchtung gerückt. Denn solche
Reberschüsse eine „schlechte Rente“ bedeuten, an welche fabelhaften
Gewinne haben sich dann die Privatunternehmer gewöhnt? Besonders
die fiskalischen Hüttenwerke nebst zugehörigen Eruben im
Oberharz erzielten 1912/13 einen Reingewinn von 3,570 Mil-
lionen Mark, 1915/16 aber ist er auf 9,948 Millionen Mark gestiegen!
Im Verhältnis zum buchmäßigen Anlage- und Betriebskapital be-
trug hier der Reingewinn 1913: 15 v. H., 1916 aber 37 v. H.,
also weit mehr als eine Verdoppelung. Soll das auch noch eine
„schlechte Rente“ sein? Auch das Hinnauffchnellen dieser Rente
erschließt uns allerhand von der Höhe der metallindustriellen Kriegs-
gewinne.

Man muß den staatlichen Hüttenbetrieb mit den neuesten
technischen Hilfsmitteln ausstatten, ihn nicht als ein „Uebel“,
sondern als eine Staatsnotwendigkeit behandeln, ihn gehörig erweitern,
dann wird er unter gleichen Bedingungen wie der Privatbetrieb
durchaus gewinnbringend sein. Hierzu wird besonders eine Maßregel
beitragen, deren Notwendigkeit immer größere Volksteile anerkennen:
Man verstaatliche die Rüstungsindustrie! Die jetzt
von den staatlichen Hütten erzielten, auf die Lieferungen für Meer
und Marine bezogenen hohen Gewinne fließen der Staats-
kasse zu, verbleiben also wenigstens in diesem Falle im Gemein-
besitz. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie würde darum eine
ungeheure Entlastung unserer Reichs- und Staatsfinanzen und —
nicht zuletzt zu beachten — auch eine Vürsicherung für den Welt-
frieden bedeuten. Schon haben die nur mittelmäßigen staatlichen
Hüttenbetriebe sich als Erzeugungsjaktoren für militärischen Bedarf
bewährt, ihre gute Ertragsfähigkeit auch in Friedenszeiten steht außer
Zweifel, wenn man nur die amtliche und „heimliche“ Bezo-
gung der Privatunternehmungen aufgeben wollte. Die Verstaat-
lichung der Rüstungsindustrie wird dann bald kein „Experiment“
mehr sein.

Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen
Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben. Im kapitalistischen wie
im Sklavensystem u. s. w. hat sie nur eine antagonistische (gegen-
sätzliche) Form und wird ergänzt durch reinen Müßiggang eines
Teils der Gesellschaft

Gewerkschaften und Landtagswahlreform

Ein konservativer Landwirtschaftsbündler hat geäußert, der
Arbeiter interessiere sich für ein Stück Brot mehr als für die
preussische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz
des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Junker-
gesinnung, wie sie in dem janusgesichtigen Diktum: „Vox populi,
vox Rindvieh!“ viehstallbüßend zum Ausdruck gekommen ist. Wer-
dings konzentriert sich heute zunächst das unmittelbare Interesse der
ländlichen Arbeitermassen auf die Frage: „Was sollen wir
essen?“ — Die hamsternen Selbstversorger und die mühseligen
Schleiber und Schleichhändler leiden nicht an Unterernährung.

Zudem muß doch selbsterleuchtend gesagt werden, daß große
Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte,
die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer
Demokratisierung des preussischen Landtags immer noch nicht be-
griffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiter-
bewegung unter dem ermutigenden Einfluß einer unfruchtbareren
Prinzipienreiterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „verfaulenden
Dreiklassenparlament“ reichlich beigetragen. Jahrzehntelang ist es
arbeiterfeind als eine unbeachtliche Größe betrachtet worden, womit
die agrar-konservativen Junker und die ihnen feindverwandten In-
dustriejuden gern einverstanden waren. Sie haben währenddem
ihre Position systematisch befestigt. Die Fraktion der Agrarkon-
servativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1879/82) bis zur
gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder vergrößert, obgleich gleich-
zeitig die Bedeutung des „platten Landes“ gegenüber den Städten
und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen
der freikonservativen und national-liberalen Partei sind immer mehr
ausgeprägte Vertreter des scharfmacherischen Programms des Zen-
tralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die
Hauptkontrahenten gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Herren-
haus“ als Brellbod gegen die Demokratie ausbauen will. Die
Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Konzeptionschützen
auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal.
Seit 1908 hat ein kleines Fährlein Sozialdemokraten Einzug in das
Haus an der Prinz-Albrecht-Straße gehalten — aber was ist das
unter so vielen? 10 unter 443! Das langt nicht einmal zur Stellung
eines selbständigen Antrages, gestattet also kein initiatives Vor-
gehen. Die Vermögens- und Einkommensverteilung in Preußen
hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag
immer mehr erschwert und wenn nun das gleiche Wahlrecht,
ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sonder-
vorrechte, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegs-
beutemacher die preussische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preussische Staatshaushalt mit
einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als selbst der
Reichshaushaltswart — für 1918 sind die ordentlichen preussischen
Staatseinnahmen auf 6 338 836 278 M. veranschlagt! — beleuchtet
die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Kopfzahl ent-
sprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung
und Verwaltung des preussischen Staates. Die Beeinflussung der
Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Ver-
tretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unsere
Erwartungen von breiten Volksteilnahme keineswegs hinreichend ge-
währleistet. Die preussischen Bundesratsvertreter werden in ihrem
Wirken direkt beeinflusst durch nicht mißverständliche Instruktionen
der allen volkswirtschaftlichen Reformen abholden Landtagsmehrheit. Das
haben die demokratisch gestimmten Volksvertreter im Reichstag bei den
wichtigsten gesetzgeberischen Aktionen deutlich genug zu spüren be-
kommen. Ob es sich da um die Ausgestaltung des bürgerlichen Rechts,
um das Strafrecht, die Wirtschafts- und Sozialgesetz-
gebung, nicht zuletzt um das Gewerkschaften besonders
nabehobende Vereins- und Versammlungsrecht handelte,
stets wurde den durchgreifenden Reformanträgen vom Bundesrat
ein hartes „Nein!“ entgegengesetzt. Daß Preußen der Vater
aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich
selbst regierungsfreudig eingestanden worden.
Alles, was wir im Reiche und Staate an ausnahmsge-
setzlichen Maßregeln und ihnen sinneverwandten Verordnungen erleben
haben und noch erleben müssen, send und findet im preussischen
Landtag seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten
Preußen“ haben nicht von ungefähr aus ihrer Sympathie mit den
„echten Russen“ kein Wohl gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe
sehr triftiger Gründe, die im einzelnen noch besonders beleuchtet
werden können, außerordentlich interessiert an einer
Demokratisierung des preussischen Landtags-
wahlrechts. Es sei vornehmlich hervorgehoben, daß der preussische
Staat auch ein Unternehmer größten Stiles ist. Auf
dem Gebiete des Verkehrswesens steht er mit der Größe
seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das
Staatsjahr 1918 steht die Eisenbahnerverwaltung die Be-
schäftigung von 419 606 Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter
vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Ausgabensumme von
938 259 Millionen Mark einfließt ist. Nach dem Betriebsbericht für
1916 sind damals allein 235 770 Lohnarbeiter — darunter
30 183 weibliche — beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind
darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinenbauer,
Schlosser, Dreher, Schmiede, Hofarbeiter, Lederarbeiter, Maurer,
Zimmerer usw. Noch immer sträubt sich die Verwaltung gegen
die Einführung mit den Gewerkschaften abgeklärter Tarif-
verträge und findet damit natürlich den Beifall der Privat-
unternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche
Bauten ist das Bauwesen und die Wasserwirtschaft (Winnenschiff-
fabriksstraßen) unterstellt, es hat darum starken Einfluß auf die Ver-
hältnisse der Bauarbeiter und der Mannschaften in der
Winnenschiffahrt. Eine Mitwirkung von Vertretern der
Arbeiterorganisationen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben

Ist bisher noch stets unterblieben. Dem Kartellgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu verknüpfen, ihn in ihren Betrieben reichhaltig anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert auch immer noch grundrätlich die Verwaltung der staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerte und Salinen, in deren Anlagen vor dem Kriege schon über 100 000 Arbeiter tätig waren. Der preussische Staat ist auch der größte montanindustrielle Unternehmer Europas und würde die Beherrschung der fiskalischen Verwaltung zur reichhaltigen Anerkennung der Gewerkschaften zweifellos der Anfang vom Ende des trassen Grenzenstandpunktes der „schweren“ Zechen-, Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten. In umfangreicher Weise betätigt sich der preussische Staat ferner als landwirtschaftlicher Unternehmer. Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Forsten beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben werden darüber leider nicht gemacht. Aber schon die Mitteilung, daß der Fiskus für das Etatsjahr 1918 aus seinen Domänen und Forsten einen Reinertrag von 104,6 Millionen Mark erwartet, 31,9 mehr als im Vorjahre, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf, infolge der „steigenden Holzpreise“ (!) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als 1917, womit der Fiskus eingestuft, an der ungeheuerlichen Verwertung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzumischen! Die enorme Erhöhung des eingesehten Reingewinns läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeiter entsprechend erhöhte Lohnneimnahmen zufließen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gejändes“ erst ausgeräumt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verschwindet.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeiterschutzgesetze den Landeszentralbehörden übertragen wurde, welche diesen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preussischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich, und sein erstes Resultat für die Arbeiterchaft. Vergeblich hat das sozialdemokratische Fährlein im Landtage bei jeder Staatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterchaft verlangt. Der preussische Bürokratismus, bestärkt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessenten im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbepolizeiliche Reform hartnäckig verweigert, lehnt auch die auszeichnende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obwohl die gewerbliche Frauenarbeit immer größeren Umfang annahm. Auch gegen die Bestellung von Baukontrollleuten aus den Reihen der Bauarbeiter irrt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauarbeiten auf das Heftigste. Überall Signation, wenn nicht gar Rückschritte auf diesem für unser Volkwohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zurzeit geeigneten erziehenden Mitteln den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine rein preussische Angelegenheit, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der „Vater aller Hindernisse“ gerade auf den Gebieten, die unsere Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungserreiter haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Junter- und Schwarzarbeiterfronte zu brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

Die Herrschaft des Geldsacks droht!

Als eine eigenartige Folge des Weltkriegs zeigt sich bei uns in Deutschland eine durchgreifende Verchiebung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zugunsten der einen und zumungunsten der anderen Volksschichten. Diese wirtschaftliche Umgruppierung, die auch eine soziale und politische Umgruppierung im Gefolge hat, ist wohl die schwerste Frage unserer völkischen Entwicklung, eine Frage, die im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit gelöst werden muß, wenn unser deutsches Volk nicht schweren Schäden leiden soll. Das neue Deutschland, das aus dem Weltkriege entstehen wird, wird einen ganz andern Charakter tragen, als jenes, das in den Weltkrieg hineingezogen wurde. Die wirtschaftliche Lage zahlreicher Menschen und ganzer Volksteile wird eine grundwärtzende Veränderung erfahren: die einen werden im Verlaufe des Krieges reiches werden, die anderen werden verarmen, den an der einen Stelle angelegenen Reichthümern wird auf der andern Seite eine ungeheure Verelendung gegenüberstehen. Wenn dieser Entwicklung nicht rechtzeitig Einhalt getan wird, wenn die kassenden Gegenseite innerhalb unseres Volkstamms nicht ausgeglichen werden, gehen wir einer gefährlichen Zukunft entgegen.

Schon heute zeigt sich ein unmerklicher Prozeß der folgenden Sachverhalte: Unsere einheimische Land- und Wirtschaft hat aus dem schweren Kriegszustand neuen Auftrieb gefunden, sie hat viel Geld verdient, weil für ihre Erzeugnisse Preise bezahlt werden, die in keinem Verhältnisse stehen zu den höchsten Erzeugungspreisen. Man braucht nicht die Augen zu verschließen vor den Schwermühen, die unsere Landwirte zu überwinden haben und man muß demnach zugeben, daß der Krieg für die Landwirtschaft eine Quelle reichlichen Verdienstes ist. Wie die Erzeugnisse der landlichen Bau- und Forstwirtschaften werden, so werden die hierin schon reichhaltigen Landwirte heute noch reichlicher an Geld. Dies wird auch in der künftigen Friedenszeit noch anhalten. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden noch auf lange Zeit hinaus hoch bleiben, weil die außerordentliche Konsumtion, größtenteils ungeglichen oder wenigstens bedenklich vermindert sein wird. Der Reiz, den die Landwirtschaft aus dem Kriege zieht, wird also von Dauer sein. Auch die Fabrikrie hat es verstanden, die Kriegsgewinnstun zu ihrem Vorteil auszunutzen. Nicht nur die eigentlichen Kriegsgewinnstun, sondern Millionengewinne an, auch die Herstellung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter, welche nach der Kriegszeit ab. Es sei nur erinnert an die Steinkohlensäure, die Kohlenäure, die Herstellung von Explosivstoffen usw., und es sei hingewiesen auf die hohen Dividenden (aus reichlichen Rückstellungen) der Kriegsgepäckfabrik, um zu zeigen, daß sich ein wahrer Goldregen über unsere Fabrikrie ergossen hat. Selbstverständlich ist dieser Regen im wesentlichen auf die Groß- und Mittelbetriebe beschränkt geblieben, während zahllose Kleinbetriebe zu Grunde gegangen sind. Reichlich verhält es sich auch mit dem Handel. Auch hier haben die Großen viel Geld geschoben, während die Kleinen sich jämmerlich hanteln müssen. Und trotz all dem ungeheuren Reichtum, der sich in den letzten und künftigen Jahren bei uns im Lande angesammelt hat, was die Kriegsgewinnstun und Spekulationen in die Tasche geschoben haben, das empfindet sich jeder

Berechnung. Schon der Augenschein lehrt uns, daß diese reichhaltigen, geldgierigen Elemente es verstanden haben, die gegenwärtigen Wasserlot für sich zu einer Goldgrube zu machen. Das Aufstreben dieser Wiederleute in der Öffentlichkeit, ihr standalöser Luxus trotz der Kriegszeit und ihr Prozedieren auf allen Gebieten, geben uns einen Vorgeschmack davon, was wir nach dem Kriege von diesen Prozentpatrioten zu erwarten haben, wenn man ihnen auch fernerhin die Gelegenheit geben wird, ihre Beute in Ruhe zu verdamen.

Demgegenüber wird sich die wirtschaftliche Lage des sogenannten Mittelstandes voraussichtlich wesentlich verschlechtern. Für die Kleinen Geschäftsleute, Kleinhandwerker und Kleinrentner, werden schwere Zeiten kommen, weil der wirtschaftliche Wiederaufbau auf dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beruhen und sich deshalb auf den Großbetrieb stützen muß. Auch der sogenannte neue Mittelstand: die Beamten, die Festbesoldeten und die Angehörigen der freien Berufe, wird nicht auf Rosen gebettet sein. Selbst bei einem günstigen Frieden bleiben die teuren Lebensmittelpreise und hohen Wohnungsmieten eintrüben noch bestehen, aber die Gehalte werden nicht entsprechend steigen, ja in kleineren und mittleren Betrieben, die geringe Ueberschüsse abwerfen, werden sie vielleicht noch sinken. Den Angehörigen der Mittelschichten unseres Volkes fehlt eintrüben noch die Möglichkeit, durch eine gewerkschaftliche Organisation oder durch politischen Einfluß einen Gegenruck auszuüben. Schon heute ist die Lage der Mittelstandsklasse eine ungemün schmerzlich, fast unhaltbar, weil sie mit am meisten unter den Verhältnissen der Kriegszeit zu leiden haben, und in der künftigen Friedenszeit wird sich diese Lage eintrüben noch nicht verbessern. Was die Lage der so beliebten Schönfärberei keineswegs zögern zu nennen. Abgesehen von wenigen bevorzugten Arbeiterschichten, die wirklich Kriegslöhne verdienen, stehen die gezahlten Arbeitslöhne, einschließlich der Leuzungszulagen, in gar keinem Verhältnis zu den hohen Lebensmittelpreisen. Nach dem Kriege wird sich dies wohl nicht ändern, wahrscheinlich wird die Lage sogar schlimmer werden, weil die Preise die bisherige Höhe behalten, die Unternehmer aber versuchen werden, die „ungeheuren hohen“ Löhne herabzudrücken. Dieses Bestreben ist nicht ganz aussichtslos, denn der starke Zufluß der Frauen und Mädchen in unser Wirtschaftsleben wird auch nach dem Kriege andauern und außerdem besteht die Gefahr, daß die Kriegbeschädigten den Vollarbeitern große Konkurrenz machen werden. Alles in allem genommen, wird dem bergeshohen Reichthum auf der einen Seite eine gedrückte Lage der Unterdrückten gegenüberstehen als die Reversoite der Medaille.

Wie die Gesellschaftswissenschaft lehrt, bringt eine jede wirtschaftliche Veränderung innerhalb einer Volksgemeinschaft auch soziale, soziale und politische Veränderungen mit sich. Eine Volksgemeinschaft, die gleichsam über Nacht wohlhabend wird, entwickelt ein starkes Selbstbewußtsein, sie beginnt sich zu fühlen und gewinnt ganz von selbst an Einfluß. Es schwillt ihr der Kamm, sie proht mit ihrem Vermögen und versucht der ganzen Gesellschaft den Stempel ihrer materiellen Leistung aufzudrücken. Da der Reiz und der vorwiegend grobmaterialistische Gemüß ihr Denken und Fühlen beherrscht, übt sie auf die Auffassung vom Sinn und Zweck des Lebens einen ungünstigen Einfluß aus. Ein Volk wird ja danach beurteilt, wie es das Leben wertet und welche Ziele es sich setzt, sein Lebensinhalt bestimmt seinen Wert. Da liegt dem nun die große Gefahr vor, daß die durch den Krieg reich gewordenen Volksschichten, deren innerer Reiz gering und deren Kulturgefühl unter Null ist, bei uns die größte Rolle spielen und dadurch auf den kulturellen Aufstieg unseres Volkes drücken werden. Schon heute macht sich ein fauliger und geistiger Fäulnis in den weitesten Kreisen der Besitzenden bemerkbar: eine irrationelle Jagd nach hohen Gewinnen, ein Prozedieren mit dem Reiz und ein Zurückstellen des Vermögens ohne Rücksicht auf die durch die Kriegszeit erzeugte Misgunnung der andern Volksschichten, eine unbedingte Eier nach einer luxuriösen Lebensweise, während die großen Massen unseres Volkes darben. Es läßt sich kaum ausdenken, welches schlechte Beispiel sie dadurch geben und wie sehr sie dadurch unser gesamtes Volksleben vergiften.

Hingru kommt noch, daß diese Emporkömmlinge auch bestrebt sein werden, ihre neuvermehrte wirtschaftliche Macht gesellschaftlich auszunutzen und zu Zwecken des bessern Fortkommens zu mißbrauchen. Sie werden kemüß sein, überall den Ton anzugeben und die gebildeten, aber unbemittelten und darum bescheidenen Leute beiseite zu schieben. Da Kunst und Wissenschaft im Zeitalter des Kapitalismus nach Brot gehen, so sind Künstler und Dichter, Dender und Forscher, wenn auch widerwillig, gezwungen, dem Bedürfnis dieser Bananenf Rechnung zu tragen. Wenn hier keine Gegenmittel ergriffen werden, gehen wir einer gefährlichen Verrottung des Geistes- und Seelenlebens entgegen und unsere Kultur wird mehr noch als bisher unter die Annehmlichkeit des Geldsacks geraten. Daneben werden die neuen Geldmänner eifrig darauf aus sein, allen denen, die zu ihrer Sippe gehören, die bestbesetzten und einflussreichsten Stellen zu verschaffen unter Verdrängung aller jener Schichten, die unter dem Krieg am meisten gelitten, die Gut und Blut auf dem Altare des Vaterlandes geopfert haben. Es ist allerdings während des Krieges der Grundsatz aufgestellt worden: „Freie Lohn den Tüchtigen!“, doch in der Wirklichkeit des Lebens verleiht der materielle Reiz immer noch ein bedeutendes Übergewicht über das Wissen und Können eines tüchtigen, aber armen Menschen. Und so wird dem mancher Dummkopf, dessen Angehörige im Kriege reich geworden sind, sich in einem hohenem Sessel setzen machen, während tüchtigere Bewerber für kurzen Lohn Tagelöhnerarbeit verrichten.

Endlich besteht bei uns die große Gefahr, daß unsere reich gewordenen Rüstlinge alles daransetzen werden, um auch in politischer Beziehung zu Einfluß zu gelangen oder den Einfluß, den sie bereits besitzen, zu erhalten. In es nicht eine Tatsache, daß alle jene Schichten, die durch den Krieg reich geworden sind, sich am allermeisten gegen Veränderungen im Sinne der Demokratie sträuben und sich als die einzigen Verteidiger des „betäubten Aien“ aufspielen? Die Kriegsgewinnstun in Landwirtschaft, Industrie und Handel sind die schärfsten Gegner eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen und anderen Bundesstaaten, weil sie auf die Vorteile, die ihnen das Wahlrecht bringt, nicht verzichten wollen. Zu Beginn des Krieges erhoben es den Anspruch, als wenn der demokratische Gedanke in allen Volksschichten Boden gefaßt habe, die Gleichheit aller Volksgenossen in politischer Beziehung und ihr Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten wurde fastschweigend als eine Selbstverständlichkeit anerkannt. Als aber der Krieg neue Reichthümer schuf, während die unteren Volksschichten immer mehr verarmten, machten sich die wirtschaftlichen Gegensätze auch auf dem Gebiete der Politik geltend, und heute denken die Emporkömmlinge gar nicht daran, an die Durchführung eines gleichen Rechts für alle Staatsbürger. Nur allzuoft sieht man die Gleichheit, die im Laufe der Staatsentwicklung überall zutage getreten ist, das jene Klassen, die das wirtschaftliche Übergewicht haben, auch die Staatsmacht in den Händen halten.

Was ist nun zu tun, um die drohende Anarchie, die Herrschaft der Reichen, zu beenden und ein Gleichgewicht in unserm Volkstamms herzustellen? Zunächst muß auf dem Wege einer vernünftigen

Steuerpolitik den Elementen, die sich wie die Blutegel vollgesogen haben, ihre Beute wieder abgejagt werden. Es wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Dummheit, wollte man den Leuten, die die Not des Volkes für sich in eine Goldgrube umgewandelt haben, die Möglichkeit geben, ihren Raub in Ruhe zu verzehren. Abgesehen von dem Unrecht, das hierin liegt, müßte auch der Luxus, den die Kriegsgewinnstun treiben werden, geradezu aufreizend wirken. Darum sind hohe Vermögenssteuern und eine scharfe Besteuerung der Luxusbedürfnisse höchst notwendig. Sodann muß durch eine Verwirklichung des Grundsatzes, daß jedes Talent und jede Leistung mit herangezogen werden soll, den wohlhabenden Schichten die Möglichkeit genommen werden, sich um ihre Sippschaft in die Pfänden und einflussreichen Stellungen hineinzuschmuggeln. Endlich drittens gilt es, den demokratischen Gedanken in Staat und Gemeinde durchzuführen und die Herrschaft des Geldsacks auf politischem Gebiete zu brechen. Wenn hier die Staatsgewalt verlagert und wiederum vor der neuen Geldaristokratie feige und kraftlos zurückweicht, so kann das unabsehbare Folgen für unser deutsches Vaterland haben. Die Geschichte lehrt uns, daß jeder Staat zugrunde gehen muß, in dem der Geldsack regiert. Dr.

Unser Verband in der 138. Kriegswoch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 138. Kriegswoch ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Wahrung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Kassel, Gotha, Helmstedt, Jümenau, Schmalkalden, Heide, Ueterzen, Webel-Schulau und Juffenhäusen.

Übersicht über die Zeit vom 3. bis zum 9. März 1918.

Wochentag	Verwaltungsstellen haben berichtet		Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Davon vom Heer entlassen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon zum Heer einbezogen	Mittelgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	Bemerkungen	Mittelgliederzahl am Schlusse der Woche
	ja	nein								
1.	31	1	10942	27	148	75	10791	5	0,05	72
2.	29	—	14187	5	118	14	14069	17	0,12	66
3.	33	—	11305	10	75	38	11230	11	0,10	41
4.	50	—	48338	78	289	72	48544	191	0,39	1271
5.	75	4	41178	52	266	92	40912	89	0,10	141
6.	39	3	39895	88	241	80	39654	50	0,13	220
7.	34	—	71974	40	466	123	71508	16	0,02	125
8.	28	—	27087	47	271	76	26766	2	0,01	7
9.	48	1	46868	69	524	171	46344	45	0,10	117
10.	36	—	32784	22	363	49	32421	84	0,26	399
11.	1	—	72037	80	335	335	71722	343	0,48	1661
Zus.	404	9	417060	518	3096	1126	413964	803	0,19	4120

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Reuunggenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoch wurden (außer Berlin) 4067 neue Mitglieder aufgenommen. 607 Mitglieder wurden mehr zum Heer einbezogen als entlassen.

6480 Mitglieder = 1,57 v. H. waren krank gemeldet, an die 48876 H. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 31. März der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. März bis 6. April 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts genehmigt:

Der Verwaltungstelle Dresden vom 1. April an für weibliche und jugendliche Mitglieder der 3. Beitragsklasse 10 % die Woche. Der Verwaltungstelle Chemnitz vom 14. Beitragswoche an für die 1. Beitragsklasse 20 %, für die 2. Beitragsklasse 15 % die Woche. Der Verwaltungstelle Göttingen vom 14. Beitragswoche an für die 1. Beitragsklasse 20 %, für die 2. Beitragsklasse 15 %, für die 3. Beitragsklasse 10 % die Woche.

Der Verwaltungstelle Werber für alle Mitglieder 10 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Berichtigung. In Nr. 11 ist bei dem für Waiblingen genehmigten Extrabeitrag statt Waiblingen Wolgast zu lesen.

Für nicht wieder annehmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Berlin: Der Dreher Paul Grande, geb. am 3. Dezember 1876 zu Berlin, Buch-Nr. 219598, gemäß § 22 Abs. 1 c und Abs. 2 des Statuts.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Bonn: Der Metallarbeiter Mathias Esser, geb. am 4. Dezember 1882 zu Bonn, Buch-Nr. 2756998; der Schlosser Heinrich Kern, geb. am 2. September 1888 zu Kessenich, Buch-Nr. 2599419, beide wegen Denunziation.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Feinmechaniker und chirurg. Instrumentenmacher.

Hamburg. Berichtigung. In dem Versammlungsbericht in Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung soll es nicht heißen: Die Dehne, sondern die Nordhöchsterdienst der Kollegen der Firma Reichel sind von 1,40 H auf 2 H gestiegen.

Metallarbeiter.

Erftingen - Kirchheim. Generalversammlung am 3. März. Den Geschäftsbereich gab der Vorsitzende, Kollege Stuber, und wies darauf hin, daß die Tätigkeit im Berichtsjahr eine sehr umfangreiche war. Die Betriebe seien voll beschäftigt und hätten große Gewinne erzielt, welche die Anhäufung des Kapitals weiter begünstigen und die meisten Unternehmer würden finanziell gestärkt aus dem Kriege hervorgehen. An einigen Beispielen wurde nachgewiesen, welche Riesengewinne zurzeit erzielt werden, nicht nur in Deutschland, sondern auch im neutralen Ausland, wo teilweise die Aktien von 89 auf 1670 gestiegen seien. Für die Zeit nach dem Kriege sei es für Deutschland außerordentlich schwierig, die Waren abzugeben. Der Wettbewerb werde sich viel heftiger entfalten als vor dem Kriege, die Leidtragenden seien dabei in der Gewinnrate die Arbeiter, weil der Unternehmer bestrebt sei, durch billige Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter wettbewerbsfähig zu bleiben. Die ungeheure Anhäufung des Kapitals wird mit dem Friedensschluß nicht verschwinden und zur Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe beitragen. Diese werden abtöndelnd und tödlicher sein als je zuvor. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sei die Verwaltung unermüdetlich tätig gewesen, da kein Tag verging, wo nicht von den Arbeitern Beschwerden über

schlechte Entlohnung geführt wurden. Eine Steigerung der Löhne sei eingetreten, und zwar durchschnittlich um 80 bis 100 v. H. Die Löhne vom Jahre 1914 hätten geschwankt zwischen 40 und 80 S., heute zwischen 70 S. und 1,60 M. Nur in vereinzelten Fällen werde über diesen Betrag hinaus bezahlt. Wenn so viel von den hohen Löhnen gesprochen werde, die die Metallindustrie bezahle, so müsse das mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Lebenshaltung sei um mehr als das Doppelte gestiegen und wenn die Arbeiter trotzdem mit dem Lohn auskommen, so deswegen, weil sie nicht in der Lage sind, Kleidung, Wäsche und Schuhwerk sich anzuschaffen. Wenn aber diese Gegenstände wieder freigegeben sind, dann benötigen die Arbeiter Laufende von Mark, um den alten Bestand ergänzen zu können. — Es fanden 33 Belegungen statt, wozu 5098 Personen beteiligt waren, mit einer wöchentlichen Lohnerhöhung von 39 400 M., das ergibt eine jährliche Lohnzulage von 2 048 844 M., oder für den einzelnen von 7,72 M. die Woche. Dabei sind solche Lohnhöhungen nicht inbegriffen, die durch die Unternehmer freiwillig gegeben worden sind. Die Löhne in Espingem bewegen sich jetzt für gelehrte Arbeiter zwischen 1,20 und 1,60 M., für Maschinenarbeiter zwischen 1 und 1,50 M., für Arbeiterinnen zwischen 40 und 80 S., für jüngere gelehrte Arbeiter zwischen 80 S. und 1,20 M., für Hilfsarbeiter zwischen 70 und 90 S. Nur in vereinzelten Fällen wird weniger oder mehr bezahlt. Der Berichtsersteller weist darauf hin, daß die Löhne der Arbeiterinnen in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung stehen. Man muß persönlich gesehen haben, was von den Arbeiterinnen zurzeit in der Metallindustrie alles verlangt wird. — Im Berichtsjahr seien die Arbeiter wiederholt bei verschiedenen Firmen wegen Gewährung von Urlaub an die Unternehmer herangetreten. Das Kriegsministerium hat sich auch auf Anfragen hin damit einverstanden erklärt, daß den Arbeitern in der Industrie, auch solchen, die für die Kriegswirtschaft vom Kriegsdienst zurückgestellt sind, ein angemessener Erholungsurlaub gewährt wird. Dieser Frage sollte die Arbeiterschaft die größte Aufmerksamkeit schenken. — Kollege Stuber schildert nochmals die Verhandlungen vor dem Kriegsministerium in ihren wichtigsten Punkten und weist auf die Richtlinien hin bezüglich der Entschädigung für die Lehrlinge, wo die Beobachtung gemacht werden könne, daß im allgemeinen diese Entschädigung den Lehrlingen nicht gewährt werde. Es sei Aufgabe der Organisation, das Kriegsministerium davon zu benachrichtigen, damit von dort aus mit größtem Nachdruck den Richtlinien Geltung verschafft werde. Auch die Bezahlung des Aufschlags für Überstunden lasse noch viel zu wünschen übrig. So habe eine hiesige Firma lange Zeit 66 Stunden wöchentlich arbeiten lassen, ohne irgend welchen Aufschlag zu bezahlen. — Eingehend wird auch die Frage des Aussetzens infolge Kohlenmangel behandelt und die einzelnen Bestimmungen eingehend erläutert. Die Arbeiter sind verpflichtet, bei gleicher Entlohnung auch andere Arbeit zu übernehmen. Der Höchstfuß der Entschädigung ist auf das vierfache des ortsüblichen Tagelohns gleich 16 M. festgesetzt worden. — Weiter schildert Kollege Stuber die neue Verfügung des Ministeriums, wonach eine wesentliche Verbesserung für die Arbeiter auszuführen eingetreten sei und weist nach, daß alle Gesetze und Richtlinien nur Wert haben, wenn die Arbeiter auch verstehen, ihre Rechte zu wahren und die Gesetze und Richtlinien auch richtig in Anwendung bringen. Die Organisation hat versucht, nach jeder Richtung hin aufklärend zu wirken. Es sind 168 Betriebsversammlungen abgehalten worden. — Die Bildungsbestrebungen hätten auch im Berichtsjahr sehr zu wünschen übrig gelassen. Schuld daran sei die viele Überzeitarbeit und Abgespanntheit sowohl, als auch der Mangel an geeigneten Lehrkräften. Dieses Gebiet sollte allerdings nicht so vernachlässigt und ihm in Zukunft größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Auf dem Gebiete der Kriegsvorsorge hat Kollege Stuber sein möglichstes getan und seinen Einfluß geltend gemacht, um einen weiteren Ausbau der städtischen Unterstützungen zu erreichen. Das Zusammenarbeiten mit den städtischen Behörden sei ein durchaus vertrauensvolles und begründete Anregungen von uns werden auch immer nach Möglichkeit erfüllt. So sei auch die Arbeitslosenunterstützung um weitere 20 M. für männliche und um 15 M. für weibliche erhöht worden. Eingaben seien an die bürgerlichen Kollegien gemacht worden wegen der Wohnungsnot, wo zurzeit Verhandlungen im Kollegium stattfinden. Wichtigenswert sei, daß die schon längst versprochene Volksbibliothek bald greifbare Gestalt bekomme und daß auch die von unserem Vorsitzenden gegebene Anregung, ein Otto Bayer-Haus zu errichten, bald der Verwirklichung entgegengehen sollte. Weiter hat das Gewerkschaftsamt in mancher Hinsicht versagt. Das Zusammenarbeiten mit der Ortsverwaltung sei ein gutes gewesen, bei etwaigen Gegenständen getragen von dem Gedanken, daß jeder das Beste der Organisation will. — Übergehend zu den zukünftigen Aufgaben der Organisation, verlangte Kollege Stuber, daß die Schlichtungsausschüsse solange beibehalten werden, bis wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Die Umleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft erfordert eine starke Organisation und vor allen Dingen wirtschaftlich gestärkte Organisation. An die Arbeiterorganisationen werden nach dem Kriege und schon während des vorausgehenden Waffenstillstandes schwere Kämpfe heranrücken, denn sie können und dürfen nicht zugeben, daß die Löhne in einseitiger Weise herabgesetzt werden, ohne daß dies gleichzeitig auch mit den Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen geschieht. Dies wird aber nach dem Kriege nicht gleich möglich sein, denn die Preise werden noch lange bestehen bleiben. Bei Friedensschluß dürfte eine Krise nicht zu umgehen sein; Arbeitslosigkeit wird die Folge sein. Hier die gewerkschaftliche Organisation rechtzeitig zu stärken, sei die Aufgabe der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt und das für die Organisation leiste, was in seiner Kraft liege, dann könnten die Arbeiter etwas ruhiger der Zukunft entgegensehen. — Die 11-jährigen Ausführungen des Vorsitzenden Stuber wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Anschließend gab Kollege Künz den Kassierenbericht, der den Mitgliedern schriftlich ausgehändigt wurde. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 52 180 M., die Ausgaben 49 509 M. Die Einnahmen der Sozialkasse betragen 24 229 M., die Ausgaben 23 101 M. Der Sozialkassenbestand war Ende des Jahres 1917 1128 M. Durch den Beschluß der früheren außerordentlichen Generalversammlung, den Lebensbeitrag um 10 S. zu erhöhen, dürfte bald der Sozialkassenbestand ein sehr günstiger werden. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1916 1219, Ende 1917 2102, mithin ein Mehr von 791. — Nachdem einige Kollegen sich an der Aussprache beteiligten, wurde auch die Arbeit der Verwaltung anerkannt, und die Ortsverwaltung, bei der die Kollegen Hofele und Schiele ausscheiden, durch Zuzug gewählt. Sie setzt sich nunmehr aus folgenden Kollegen zusammen: Meindorf, Seindel, Lust, Koller, Fejele, Hohmann und Reiff. — Da Anträge nicht eingereicht worden sind, konnte der Kollege Künz die geschäftliche und harmonisch verlaufene Generalversammlung um 6 Uhr abends schließen.

Waggenau. Seit Ende 1916 sind in unserer schönen Schwarzwaldbahn für unsere Organisation größere Fortschritte zu verzeichnen. Gut die Hälfte aller im Murgtal beschäftigten Metallarbeiter hat sich nun unserer Organisation angeschlossen. Auch mehr als 100 Familien sind dem Verbande beigetreten. Es herrscht im Murgtal wie nie zuvor ein reges organisatorisches Leben. Durch die erstarbende Organisation in es der Arbeiterkraft in den letzten anderthalb Jahren wiederholt gewonnen, ihre Verhältnisse zum Teil wesentlich zu verbessern. Um auch aufklärend zu wirken, wurden am Samstag, dem 9. und Sonntag, dem 10. März zwölf Mitglieder- und Ortsversammlungen abgehalten, die von den Kollegen in den einzelnen Dörfern überaus zahlreich besucht waren. In einigen Orten waren die gesamten Mitglieder in der Versammlung erschienen. Landtagsabgeordneter W. A. M. sprach in drei Versammlungen über die „Radische Bewegung“. Der Vorsitzende der allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe, Hof, und der Karlsruher Arbeitersekretär Hipp behandelten in je drei Versammlungen die Reichsversicherungsordnung, während in drei Versammlungen Kollege K. K. (Karlsruhe) sich mit allgemeinen Fragen des Verbandes beschäftigte. In einem Teil der Versammlungen fand eine rege Aussprache über die Vorträge ein. Im Hauptort Waggenau beschäftigte sich die Versammlung

außerdem noch mit der Frage der Lebensmittelbeschaffung, die gerade im Murgtal außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt. Auch die Wohnungsfrage wird in dem industriell so stark durchflossenen Schwarzwaldbande immer schlimmer. Schon jetzt können Familien, besonders solche mit mehreren Kindern, wenn sie umziehen müssen, keine Wohnung mehr finden. Am 1. April, für den Kündigungstermin in größerer Anzahl als bisher erfolgt, wird die Wohnungsnot sich ganz besonders fühlbar machen. Die Verbandsleitung hat sich deshalb an das Kriegsamt und an das Ministerium mit dem Ersuchen um schleunige Hilfe gewendet. Wie man hört, sollen auch sofort Schritte eingeleitet werden, um die äußerste Not zu lindern. Neben der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen bleibt für die Organisation gerade im Murgtal auch sonst noch recht viel zu tun übrig, so daß zu wünschen und zu hoffen ist, daß der Zustrom der Metallarbeiter zum Verbande so wie bisher anhält, damit auch alle anderen Wünsche und Bestrebungen der Arbeiter zufriedenstellend erledigt werden können.

Suhl und Umgegend. Unsere Jahresversammlung wurde am 17. Februar im Gasthaus zur Post in Wehlis abgehalten. Geschäftsführer Lohfink erstattete den Jahresbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 33 398,15 M., die Ausgaben 13 398,15 M., 20 000 M. wurden an die Hauptkasse eingekandt. Die Mitgliederzahl stieg um 78. An die Familien unserer zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen wurden im verflochtenen Jahre 1696 M. Unterstützung gezahlt. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden, hielt Kollege Lohfink einen Vortrag über unsere zukünftige Werbetätigkeit. Er entwarf hierbei in kurzen Zügen ein Bild unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage sowie deren mutmaßliche Gestaltung nach dem Kriege. Er kam zu dem Schluß, daß eine starke einheitliche Organisation nach dem Kriege notwendiger denn je ist. Der weitere Ausbau unseres Vertrauensmänner-systems ist eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben. Notwendig sei vor allem, daß sich zu den Vertrauensmännerposten auch Kollegen hergeben, die sich hierzu eignen. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer so gewesen. Der gute Wille allein genüge zur Ausfüllung eines solchen Postens nicht. Eine bessere Werbearbeit von Mund zu Mund müsse einsetzen, wenn wir unseren früheren Mitgliederstand wieder gewinnen wollen. In der Aussprache wurde an verschiedenen Verbands-einrichtungen, sowie an der Verbandsleitung Kritik geübt, auch die Meinung zur Kriegsanleihe wurde wieder erwähnt. Kollege C. E. Klein stellte den Antrag, auf die Tagesordnung unserer nächsten Generalversammlung zu setzen: Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Er begründete seinen Antrag damit, daß die Zeit nach dem Kriege große Aufgaben an den Verband stelle, die auch große Mittel erfordern. Eine außerordentliche Generalversammlung solle daher eine Beitragserhöhung beschließen, um die notwendigen Mittel flüssig zu machen. Der Antrag wurde angenommen.

Rundschau

Reichstag.

Während an der Westfront das Gebrüll der Kanonen die Entscheidungsschlacht des gewaltigen Weltkriegs einleitete, hat zum achten Mal die Regierung des Deutschen Reichs einen Kredit von 15 Milliarden Mark gefordert. Die sozialdemokratische Partei hat der Bewilligung zugestimmt, weil, wie ihr Redner mit Recht betonte, trotz der Beendigung des Kampfes an der Ostfront, das Vaterland noch in schwerer Gefahr steht. Auch nicht die Spur eines Gedankens an einen veröhnlichen Ausgleich findet sich in den Reden der westländischen Staatsmänner, die im Gegenteil die immer erneuten Friedensangebote der deutschen Reichstagsmehrheit und der Reichsregierung mit wilden Vernichtungsdrohungen beantwortet haben. Noch nicht klar genug, so wendet man ein, habe die deutsche Regierung ihre Ablehnung von Eroberungen ausgesprochen, noch nicht deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie Belgien als selbständiges Staatswesen wiederherstellen, die besetzten Gebiete von Frankreich wieder räumen werde. Es mag sein. Aber man soll dann doch nicht anzuerkennen vergessen, daß der Staatssekretär v. Kühlmann die von den französischen Nachschreibern aufgeworfene elab-lotrüngliche Frage als das einzige Friedenshindernis — wahrlich deutlich genug für den, der verstehen will! — bezeichnet, und daß Graf Hertling den amerikanischen Präsidenten Wilson zur Aussprache im kleinen Kreise unmittelbar und mit nicht mißverständlichen Worten eingeladen hat. Nein, so liegen die Dinge wirklich nicht, daß die Einleitung von Friedensverhandlungen vor dem fürchterlichen Blutopfer des neuen Angriffs lediglich an der Zurückhaltung oder der Zweideutigkeit der deutschen Staatsmänner scheitert sei.

In einer Erklärung, die die Sozialdemokratie ihrer Abstimmung vorausschickte, hat sie die sehr berechtigten Klagen und Forderungen namentlich der Arbeiterschaft nachdrücklich noch einmal zusammengefaßt. Es fehlen ihr weder Kraft noch Wille, diesen Forderungen Gehör zu verschaffen und für Abhilfe der beklagten Mißstände zu sorgen. Freilich geht uns der Marsch der Reformen nicht rasch genug, und manches hätte die Regierung sicherlich schon erledigen können und müssen, wenn sie eben nicht doch eine kapitalistische Regierung wäre. Aber diese Feststellung entbehrt entschieden des Reizes der Neuheit, fördert auch an sich das Reformwerk nicht. Schwere und hängende Arbeit, bei der vieles wie Kleinram anmutet, ist vielmehr zu seiner Durchsägung notwendig; und zu den schwersten Hindernissen dieser Arbeit gehört der Umstand, daß ihre Notwendigkeit und ihre Eigenart vielfach im Volke mißverstanden werden. Unter den Nachwirkungen einer in früheren Jahren und bei ganz anderen Umständen notwendigerweise wesentlich agitativen Werbetätigkeit hat sich in der Partei noch ein Rest des Aberglaubens erhalten, es komme mehr auf die Aufstellung als auf die Durchsägung von Forderungen an.

Der Diktator. Es ist immerhin ein Frieden, der, wenn er uns nicht dauernden Schuß, so doch wenigstens auf lange Zeit hinaus eine wesentliche Entlastung bringt. Nicht alles in ihm ist so, wie die Sozialdemokratie zu dem Wiederaufbau freundschaftlicher Beziehungen zu Ausland gesündigt hätte. Nach Abmägung aller Umstände hat die Mehrheit der Fraktion geglaubt, sich bei der Abstimmung über den Vertrag mit Rußland der Stimme enthalten zu sollen, während sie vorher schon dem Frieden mit der Ukraine und jetzt auch dem mit Finnland beigetreten war. Bei der Beurteilung des russischen Friedens ist nicht außer acht zu lassen, daß die Volkswirtschaft bessere Bedingungen für ihr Land durch ihre verkehrte Taktik verdirbt haben. Sie glaubten eben die Verhandlungen durch endlose Propagandareisen und durch einen Abbruch der Arbeit mit einseitiger Erklärung der Kriegseinstellung hinstrecken zu sollen, weil sie in dem Wain lebten, in den Mittelmächten den Ausbruch einer Revolution erzielen zu können. Noch in diesen Tagen hat Peterow, der mit der Ueberbringung der unterzeichneten Friedensurkunde vom Senat beauftragte Vertreter der groß-russischen Republik in einem Gespräch in Berlin gesagt, die russischen Friedensunterhändler in Litauidy-Brest hätten die zuverlässige Nachricht erhalten, in Oesterreich und Deutschland werde in kürzester Frist ein gewaltiger Generalstreik ausbrechen, der zum Umsturz der bestehenden Ordnung führen und dem Weltfrieden (auf Kosten Deutschlands!) die Tore öffnen werde; demnach hätten die Russen ihre Haltung eingedichtet! Mancher deutsche Arbeiter, der sich in bester Absicht und aus gewichtigen Gründen dem Streik im Februar anschließen zu müssen geglaubt

hat, wird recht erkaunt sein, wenn er von dieser Fernwirkung des Unternehmens auf diese Weise hört.

In dem jetzt durch Eintritt der Osterferien beendeten Sitzungsabschnitt hat der Reichstag dem Reichshaushalt (Etat) nur wenig Arbeit widmen können; auch die kommenden neuen Steuern können ihm noch nicht beschäftigt. Danach kann man annehmen, daß er bis tief in den Sommer hinein zusammen bleiben muß, zumal ja auch der rumänische Friedensvertrag hoffentlich bald seiner Zustimmung unterbreitet werden muß. Seine Arbeiten nimmt er am 16. April wieder auf.

In eigener Sache.
Aus einigen Verwaltungskreisen unseres Verbandes liegen Kundgebungen gegen den in Nr. 7/8 erschienenen Aufsatz „Zur Verständigung in der Friedensfrage“ vor. Der Verfasser, Magistratsrat H. Böbling in Berlin, ist wegen seiner bei verschiedenen Gelegenheiten bekundeten arbeiterfreundlichen Stellungnahme weit über Berlin hinaus bekannt. In dem beanstandeten Aufsatz tritt der Verfasser mit seinem Namen für seine Ansichten ein. Wir schicken dem Aufsatz folgende Vorbemerkung voraus:

Der Verfasser bezweckt nicht die Festlegung auf ein bestimmtes Ziel, weil dies nach seiner Ansicht bei der sich stetig wandelnden Lage schädlich ist. Seine Ansichten weichen in einigen Punkten von denen ab, die unter der organisierten Arbeiterschaft verbreitet sind. Da sie aber zum Nachdenken anregen können, so setzen wir nicht an, sie zur Kenntnis unserer Kollegen und Leser zu bringen.

Damit war unsere Stellungnahme zu den Ansichten des Verfassers nach unserer Meinung deutlich genug gekennzeichnet. Bei den Kundgebungen gegen den Aufsatz des Herrn Böbling ist unter anderem gesagt worden, die Metallarbeiter-Zeitung müsse auch Meinungen gegen jede Annerkennung aufnehmen. Die Kollegen haben anscheinend vergessen, daß dies schon in recht ausgiebiger Maße geschehen ist. Wir verweisen nur auf den Aufsatz „Metallarbeiter und Verständigungsfriede“ von Otto Hue in Nummer 3 der Metallarbeiter-Zeitung. Ferner enthielt dieselbe Nummer noch die Rundschau-Bemerkung: „Gegen hohe Löhne, gegen Arbeitskammern — aber für Longwy und Drieb.“ Diese wandte sich unter anderem gegen eine Neubeurteilung des Geschäftsführers Reichert vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wonach Deutschland Longwy und Drieb „unbedingt haben“ müsse. Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung brachte einen Aufsatz von G. Wispmann über Deutschlands Eisenindustrie ohne Schlag-Lothringen. Dieser war gegen die Annexionisten hüben und drüben gerichtet. Ferner könnten wir noch genug Stellen in dem Jahrgang von 1917 anführen, die deutlich genug gegen jede Annerkung gerichtet sind.

Das sollte unseres Erachtens genügen, um zu zeigen, daß die Metallarbeiter-Zeitung durchaus gegen irgend welche gewaltsame Angliederung fremder Gebiete an das Deutsche Reich ist, selbst auch dann, wenn eine solche gewaltsame Angliederung unter einem Vorwande vorgenommen wird, die sie bei oberflächlicher Betrachtung nicht als eine solche erscheinen läßt. Um so weniger hätte daher ein Teil der Verbandsmitglieder Ursache, nach dem Erscheinen der Abhandlung des Herrn Böbling nervös zu werden. Wir haben durchaus nichts dagegen, auch sachlich gehaltene Gegenkündgebungen aufzunehmen.

Auf die verschiedenen Meinungen persönlicher Geschäftigkeit gegen uns einzugehen, halten wir uns für zu gut.

Gelbe Meinungen.

Aus der Oberpfalz (Bayern r. d. Rh.) schreibt man uns: In verschiedenen Orten unserer Gegend und in Mittelfranken verbreitet man eine gelbe Flugchrift, herausgegeben vom Kampfbund nationaler Arbeiter- und Berufsverbände in Berlin. Der Verfasser ist ein Herr Schulte in Dortmund. Diese Schrift, die die Ideale eines jeden denkenden Arbeiters mit Fug und Recht, könnte man höchstens dahin tun, wohin sie gehört, in den Papierkorb. Von dieser Seite ist nichts anderes zu erwarten. Nur auf einen ebenso dummen wie unanständigen Abschnitt in dieser Schrift will ich hier zurückkommen. Er heißt: Die neue Taktik der Streikgewerkschaften. Herr Schulte schreibt da unter anderem, daß die Streikgewerkschaften in letzter Zeit auf den Gedanken gekommen seien, daß ihre bisherige Taktik, durch Kampf zum Ziel zu gelangen, verfehlt sei. Man höre Führer und Sachverständige dieser Richtung des öfteren betonen, auch wir wollten nach dem Kriege versuchen, die Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter auf friedlichem Wege zu begleichen. Man geht sich dann noch über angebliche Winzelsätze der „Streikgewerkschaften“ und fährt dann fort: Ihre Führer richten schon heute, wie einwandfrei festzustellen ist, an die höchsten Stellen im Lande die Bitte, diese möchten ihren ganzen Einfluß bei den Unternehmern zur Geltung bringen, um sie zu bewegen, mit ihnen zu verhandeln. Somit könnte es den Anschein gewinnen, daß das wirtschaftsfeindliche Programm richtiger sei, anstatt die Unternehmer zu bekämpfen. Das wäre wenigstens folgerichtiger. Allein das Ziel sei ganz anderer Art, man gehe damit nur auf den Mitgliederstand und den Versuch aus, die sogenannten wirtschaftsfreundlichen Arbeiterorganisationen beiseite zu schieben. Das beweise schon das Verhalten beim Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes, wo man unter der Androhung der Verlangung seiner Mitwirkung es fertig gebracht habe, bei Befragung der Einberufungs- und Schlichtungsausschüsse sie selbst vollständig auszuschalten. Für den, mit sich selbst ehrlich sein wollenen, nationalen Arbeiter könne es nur das eine geben, den Werkverein!

Soweit Herr Otto Schulte aus Dortmund. Dies letztere scheint wohl bei genanntem Herrn dem Fuß den Boden ausschlagen zu haben, darum seine Enttäuschung. Zur Sache selbst ist zu sagen, daß wir allerdings mit den mit Unternehmern abgerufenen Arbeiterführern nichts gemein haben. Alles andere ist gelinde ausgedrückt, lazes Geschwätz, auf das Antwort zu geben jeder aufgeklärte Arbeiter weit von sich weist. Sie sind fast ausnahmslos in unsern Reihen und bei noch Laufenden von Leuten im höchsten Arbeitsstadium. Unsere Ziele sind seit 30 Jahren dieselben und müssen so bleiben. Es erübrigt sich alles andere. In treuer Pflichterfüllung und gegenseitiger kollegialer Achtung sind uns die Wege vorgeschrieben, die jeder zu gehen hat. In dem tausendfachen Neben einander und Miteinanderarbeiten der Kollegen wollen wir, kraft unserer Organisation, ein Stück neuer Kultur der arbeitenden Klasse ansetzen lassen. Unsere Gewerkschaft bahne sich mit Unkraft überall den Weg. Das sei außer anderem unser aller Ziel. Säume daher niemand, ob Arbeiter oder Arbeiterin, sich uns anzuschließen. Sehe keiner zurück. Vorwärts zum Ziel und hurtig aus Wert! Die Zeit spricht für sich selbst.

Gewerbegerichtliches.

Bezahlung für Ansetzen. Vor dem gemeinsamen Gewerbegericht für Gemeinden im Bezirke der Kgl. Amtshauptmannschaft Weichen Klagen gegen die Firma Rajschmayer & S. in Eschwege 163 Kollegen und Kolleginnen auf Zahlung von 1115,28 M., weil sie am 10. Dezember 1917 wegen Betriebsführung mit der Arbeit aussetzen mußten. Ihr Tropfbohnenmacher war Kollege Gustav Gildner, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Weichen. Die Kläger behaupteten, zwischen dem Inhaber der Firma und dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Heinrich Brand in Dreieben, sei am 6. Februar 1917 eine Vereinbarung getroffen worden, daß die Beklagte in jedem Falle von Betriebsführung ihrer Arbeiter den durch das Aussetzen entgangenen Verdienst zu gewähren habe, wenn nicht längeres Aussetzen in Frage käme und sie nicht durch Anschlag die Verweigerung der Zahlung ausdrücklich bekannt gäbe. Da am 10. Dezember 1917 ein Anschlag nicht erfolgt sei, hätten die Arbeiter annehmen müssen, daß die Beklagte ihnen den Arbeitsverlust vergüten wolle.

